



## KONJUNKTURREPORT

12. Jg., Ausgabe 2, Juni 2012

### Konjunkturerholung mit großen regionalen Unterschieden

Die **Weltwirtschaft** befindet sich in einer moderaten Erholungsphase mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den Ländern. In den USA und in Japan wächst die Wirtschaft kräftig. In den Schwellenländern hat sich das Wachstum zwar verlangsamt, es ist dort aber immer noch höher als in den meisten Industrieländern. In Europa hingegen bleibt die Wirtschaftsentwicklung mit wenigen Ausnahmen, zu denen vor allem Deutschland zählt, schwach. Das vom Münchner ifo Institut veröffentlichte Weltwirtschaftsklima ist im zweiten Quartal 2012 weiter gestiegen und liegt nur noch wenig unter dem langjährigen Mittelwert. Vor allem die Aussichten für die nächsten sechs Monate haben sich deutlich verbessert, aber auch die aktuelle Lage wurde positiver eingeschätzt.

In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2012 um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nach 0,7 % in den drei Monaten davor. Getragen wurde die Expansion vor allem vom Konsum der privaten Haushalte, den Lagerbestandsveränderungen und den Bauinvestitionen. Rückläufig waren hingegen der Staatskonsum und die Ausrüstungsinvestitionen. Gegenwärtig erwartet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahresdurchschnitt 2012 eine Wachstumsrate von 2,4 %, nach 1,7 % im vergangenen Jahr. In **Japan** stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion zwischen Jänner und März um 1,0 % im Vergleich zum Vorquartal, nachdem sie im vierten Quartal stagniert hatte. Zu dem kräftigen Wachstum trugen vor allem der private Konsum und, aufgrund des Wiederaufbaus, die öffentlichen Investitionen bei. Der Außenbeitrag war annähernd neutral für das Wachstum. Gemäß der aktuellen OECD-Prognose wird die japanische Wirtschaft heuer um 2,0 % wachsen, nachdem sie im Vorjahr infolge der Naturkatastrophen und des hohen Außenwerts des Yen um 0,7 % geschrumpft war. In **China** verlangsamte sich das Wachstum des realen Bruttoinlandspro-

dukts im Vorjahresvergleich im ersten Quartal auf 8,1 %, nachdem die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2011 um 8,9 % gestiegen war. Das Wachstum der Inlandsnachfrage ließ nach und das außenwirtschaftliche Umfeld, vor allem in Europa, war relativ schwach. Im **Euroraum** und in der **EU27** stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal, nachdem sie im letzten Quartal 2011 jeweils um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen war. Die weiterhin sehr expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld dürften im Jahresverlauf eine Erholung der europäischen Wirtschaft ermöglichen. Belastet wird die Entwicklung in einigen Ländern von den Unsicherheiten bezüglich der Staatsschuldenprobleme, der hohen Arbeitslosigkeit und den notwendigen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der gesamten EU stagnieren und im Euroraum geringfügig sinken, nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 jeweils um 1,5 % gewachsen war.

In **Österreich** stieg das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2012 um 0,2 %, nachdem es in den beiden Quartalen davor stagniert hatte. Zu Jahresbeginn nahmen die privaten Konsumausgaben im gleichen Ausmaß wie die Gesamtwirtschaft zu. Der öffentliche Konsum wurde etwas weniger stark ausgeweitet. Die Ausfuhren stiegen stärker als die Einfuhren, sodass der Außenhandel positiv zum Wachstum beitrug. Mit 0,4 % erzielten die Bruttoanlageinvestitionen das höchste Wachstum der Inlandsnachfrage, aber im Vergleich zum vierten Quartal 2011 schwächte sich die Zunahme deutlich ab. Entstehungsseitig wuchs die Wertschöpfung in den wirtschaftlichen Dienstleistungen und in der Sachgütererzeugung am stärksten. Auch die meisten anderen Wirtschaftsbereiche konnten die Erzeugung steigern. Nur im Bereich Information und Kommunikation sowie in der Kreditwirtschaft stagnierte die Wertschöpfung und in der Land- und Forstwirtschaft ging sie deutlich zurück.

(Fortsetzung auf Seite 8)

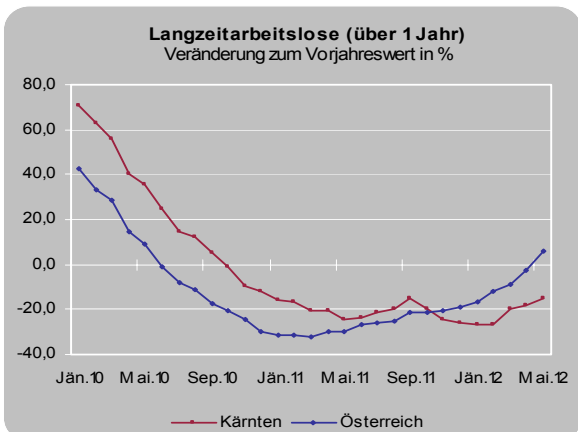
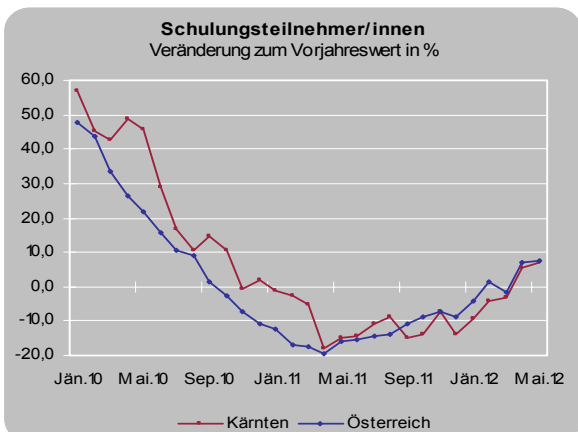
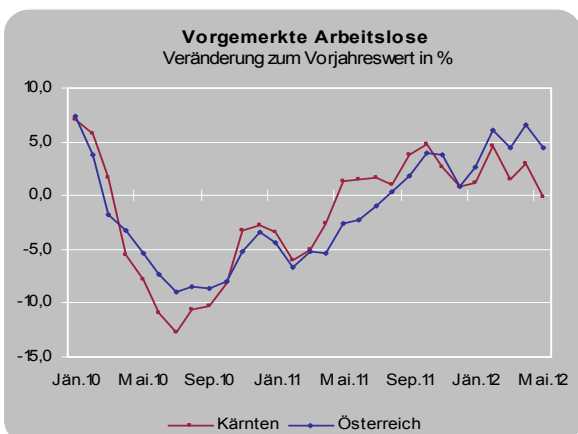
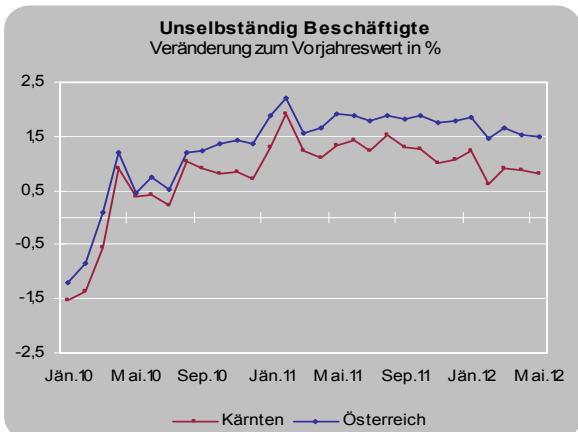
### Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch im zweiten Quartal des Jahres 2012 setzt sich die ungünstige Entwicklung am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt fort. So beträgt im Mai 2012 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 16.608 und liegt damit um lediglich 0,2 % unter dem Vorjahreswert; die Situation stellt sich dabei in Kärnten vergleichsweise günstiger dar, als im Österreich-Durchschnitt, wo die Arbeitslosigkeit um 4,4 % zugenommen hat. Gleichzeitig dazu nimmt jedoch auch die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr weiter zu; der Zuwachs beträgt in Kärnten +0,8 % (Österreich: +1,5 %). Prognosen des Arbeitsmarktservice (AMS) Kärnten gehen allerdings davon aus, dass im Jahr 2012 keine Erholung am Arbeitsmarkt eintreten wird; aufgrund fehlender Wachstumsimpulse ist von einer weiteren Zunahme der Zahl der Arbeitslosen bei gleichzeitiger Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus auszugehen.<sup>1</sup>

Daneben nimmt die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen weiter ab (Kärnten: -6,2 %). Im Zuge dieser Entwicklung steigt der Stellenandrang (Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle) weiter und beträgt im Mai 2012 in Kärnten 7,2 (Österreich: ebenfalls 7,2). Auch bei den Schulungsteilnehmer/innen beim AMS zeichnet sich eine negative Trendwende ab: während im Jahresdurchschnitt 2011 noch ein Rückgang um 10,3 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet wurde (Österreich: -13,6 %), steigt seit April 2012 die Zahl der Personen in Qualifizierungsmaßnahmen wieder an; Kärnten rangiert mit einem Zuwachs von 7,2 % jedoch unter dem Wert von Österreich (+7,4 %).

Einzelne Arbeitsmarktgruppen sind von der derzeitigen Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Die gegengleiche Entwicklung zwischen Männern und Frauen, wie sie im Jahr 2011 beobachtet wurde, dreht sich aktuell um: im Mai sinkt die Arbeitslosigkeit von Frauen, während bei Männern eine Zunahme beobachtet wurde. Neben Jugendlichen, wo die Arbeitslosigkeit derzeit überdurchschnittlich sinkt (Kärnten: -1,7 %), setzt sich auch die positive Entwicklung bei den Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr) fort; die Arbeitslosenzahlen sinken im zweistelligen Bereich im Vergleich zum Vorjahr (-14,9 %; Österreich: +5,7 %). Bei den älteren Arbeitslosen (50+) wird jedoch weiterhin eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet (Mai 2012: +5,7 %), auch wenn die Situation im Vergleich zum Bundesdurchschnitt abermals positiv ausfällt (Österreich: +9,6 %).

Robert Klinglmair



<sup>1</sup> Vgl. AMS Kärnten (2012): Geschäftsbericht 2011, S. 24.

## Quo Vadis Fernwärmeversorgung Klagenfurt

Mit dem negativen Bescheid des Umweltsenates für das projektierte Gas- und Dampfkraftwerk (GDK) im Osten der Stadt Klagenfurt wurde ein juristischer Schlusspunkt in der jahrelangen Diskussion zwischen Projektbetreiber und Kraftwerksgegnern gesetzt. Gleichzeitig bedeutet der Ausgang des Verwaltungsverfahrens für die Energie Klagenfurt GmbH (EKG) zurück an den Start. Da das bestehende, technisch völlig veraltete Fernheizkraftwerk (seit 1949 in Betrieb) gemäß Stilllegungsbescheid bis spätestens Ende Oktober 2015 ersetzt werden muss, bleiben realistisch gesehen nur wenige Monate Zeit alternative Fernwärmeprojekte zu entwickeln.

Das gescheiterte GDK hatte den primären Zweck die Stromerzeugungskapazität im Süden Österreichs anzuheben. Die Fernwärmeauskoppelung war als Nebenprodukt geplant und hätte die wirtschaftliche Rentabilität und die Energieeffizienz der Anlage deutlich verbessert. Als die Verbund AG im Jahr 2005 einen Anteil von 49 % an der EKG erwarb, lag das primäre Interesse an den Stromkunden und der Errichtung eines neuen stromgetriebenen Kraftwerkes in Kärnten. Die Wärmeversorgung gehört nicht zum Hauptgeschäftsfeld des größten österreichischen Stromerzeugers. Auch in Anbetracht des Umstandes, dass viele Millionen Euro in die Planung und Projektierung des GDK geflossen sind, war für die Verbund AG das Engagement an der EKG – der Kaufpreis betrug 2006 € 130 Mio. – kein gutes Geschäft.

In dem Feinstabsanierungsgebiet Klagenfurt geht es jetzt darum eine zukunftsfähige, umweltschonende und leistbare Fernwärmeversorgung sicher zu stellen. In der öffentlichen Diskussion wird dabei die Biomasse bzw. eine Kombination aus einem kleineren Gaskraftwerk und einem (oder mehreren) Biomasseanlagen favorisiert. Dabei wird allzu oft vernachlässigt, dass für die Biomasseversorgung von Klagenfurt noch einige Rahmenbedingungen zu klären sind. Zu diesen zählen u.a. die

- Aktivierung des vorhandenen Potentials von (Energie-)Holz bzw. Biomasse im heimischen Wald,
- logistische Voraussetzungen für eine ökologisch verträgliche Bringung und den Transport des Holzes zu den Verwertungsstätten
- sowie strukturelle Voraussetzungen zur Sicherstellung einer unterbrechungsfreien, kostenverträglichen Bereitstellung der Biomasse über einen mehrjährigen Zeitraum (langfristige Lieferverträge mit Genossenschaften, Bauern etc.).

Die erste wesentliche Frage ist dabei, wie hoch der Biomassebedarf für die Fernwärmeversorgung von Klagenfurt wäre und wie dieser gedeckt werden kann? Die Brennstoffwärmeleistung des bestehenden Fernwärmekraftwerkes beträgt 150 MW<sub>th</sub>. Zurzeit werden in Klagenfurt mehr als 22.500<sup>2</sup> Haushalte mit Fernwärme versorgt. Insgesamt betrug im Jahr 2010 der Wärmeverkauf inkl. Dampflieferung an Endkunden über 393 GWh. Die Stadtwerke Klagenfurt AG plant bis zum Jahr 2020 das Fernwärmenetz weiter auszubauen und mindestens 25.000 Haushalte anzuschließen. Dem zunehmenden Ausbau des Fernwärmenetzes gegenüber steht ein langfristig sinkender Wärmebedarf der angeschlossenen Haushalte in Folge thermischer Sanierungsmaßnahmen. Möchte man jedoch die derzeit im Fernheizkraftwerk erzeugte Wärme zur Gänze aus Biomasse decken, benötigt man grob geschätzt 0,5 Mio. Festmeter Holz pro Jahr. Um diese Menge an Brennstoffen zum Biomassekraftwerk (den Kraftwerken) zu transportieren, müssten jährlich an die 10.000 LKW-Anlieferungen durchgeführt werden, was natürlich mit lokalen Lärm- und Schadstoffemissionen verbunden ist.

Eine Herausforderung besteht auch darin, die benötigte Brennstoffmenge soweit als möglich aus heimischen Ressourcen zu decken. Im Bundesland Kärnten wird jedoch bereits heute - aufgrund eines großen Holzbedarfs in der Säge- und Papierindustrie - wesentlich mehr Holz verbraucht als im Land produziert wird. Gemäß einer bereits etwas älteren Erhebung der Landwirtschaftskammer Kärnten<sup>3</sup> beträgt das jährliche Defizit rd. 2,87 Mio. Festmeter.

Der Biomassebedarf für die Fernwärmeversorgung würde somit eine zusätzliche Nutzungskonkurrenz zwischen der industriellen und der energetischen Nutzung von Holz bedeuten. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, wie sich ein zusätzlicher Großverbraucher (Nachfrager) auf die Preisstruktur bzw. auf die Lieferverträge der bestehenden Biomasseanlagen in Kärnten auswirkt. Trifft eine steigende Nachfrage auf ein begrenztes Angebot, dann lassen triviale ökonomische Überlegungen steigende Preise vermuten. Ein möglicher Ausweg, einer Biomasseknappheit in Kärnten zu begegnen ist natürlich, den benötigten Brennstoff aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland zu importieren, wobei aus ökologischen Gesichtspunkten ein Transport von Holz über hunderte Kilometer zu hinterfragen ist.

<sup>2</sup> Vgl. EKG (2011): Geschäftsbericht 2010 der Energie Klagenfurt GmbH. S. 8.

<sup>3</sup> Vgl. Arbeitsplattform Wald & Holz in Kärnten (2007).

Gelingt es der EKG – trotz aller noch ungelösten Fragen – eine leistbare, (fast) vollständig auf Biomasse basierende Fernwärmeversorgung einer österreichischen Landeshauptstadt zu verwirklichen, dann wäre dies ein sehr interessantes Vorzeigeprojekt mit Strahlkraft weit über die Kärntner Landesgrenzen hinaus. Die rechtzeitige Einbeziehung betroffener Bürger sollte dabei ein wichtiger Grundsatz in der Planung sein, um auf mögliche Bedenken und negative Begleiterscheinungen einer neuen Fernwärmelösung proaktiv zu reagieren.

Markus Bliem

## Landesholding Neu

Der Plan einer neuen, vereinfachten Struktur der Landesfirmen wurde allgemein akklamiert. Alle Agenden der Wirtschaftsförderung beim KWF zusammenzufassen war naheliegend und wurde schon lange gefordert. Dies betrifft insbesondere die bisherige Entwicklungsagentur EAK mit der durchaus erfolgreich wahrgenommenen Betriebsansiedlungspolitik, die bisher schon, im Hinblick auf Ansiedlungssubventionen, auf die Zusammenarbeit mit dem KWF angewiesen war. Innerhalb des KWF sollte zudem der Bereich der Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderung eine herausgehobene Stellung einnehmen. Auch die Finanzierung der Wirtschaftsförderung ist im Zusammenhang der neuen Struktur ein Thema geworden. Statt der Kreditfinanzierung der Wirtschaftsförderung über Darlehensermächtigungen für den KWF mit Landeshaftung sollte die Finanzierung aus dem Landesbudget das Ziel sein. Erträge aus dem Zukunftsfonds für die Finanzierung der Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderung durch den KWF einzusetzen, wäre ein naheliegender erster Schritt in diese Richtung. Nicht alle bisherigen Förderungen aus Mitteln des Zukunftsfonds, die vom Aufsichtsrat der Landesholding beschlossen wurden, haben den anspruchsvollen grundsätzlichen Vorgaben der Richtlinien für die Fördermittelvergabe entsprochen. Förderentscheidungen durch das Kuratorium des KWF würden hier eine selektivere, strukturpolitisch effektivere Strategie erwarten lassen. Die Landespolitik würde jedoch mit der Überlassung der Zukunftsfondserträge an den KWF auch einen Spielraum für größere zukunftsorientierte Investitionsvorhaben verlieren, für die im allgemeinen Budget die Mittel fehlen.

Ein statt bisher drei Aufsichtsräte und nur noch zwei statt bisher neun Geschäftsführer sollen erhebliche Einsparungen bringen. Diese Einsparungen würden sich allerdings in Grenzen halten, indem die früheren Geschäftsführer als bereichsverantwortliche Führungskräfte, etwa für die Kärnten Werbung oder die Betriebs-

ansiedlungspolitik, erhalten bleiben (müssen), da die beiden neuen Geschäftsführer nicht in allen Bereichen auch die operative Führung übernehmen können. Trotzdem spricht Vieles für diese schlankere Struktur mit der Chance einer deutlichen strategischen Führung für den Bereich der Landesfirmen.

Für die strategische Führung ist der neu zu bestellende gemeinsame Aufsichtsrat letztlich verantwortlich. Dass hier die Landespolitik vertreten sein sollte, ist selbstverständlich, doch sollte dieses Gremium weder die gesamte Landesregierung umfassen, noch auf Vertreter/innen der Landtagsparteien beschränkt sein, sondern auch eine Anzahl unabhängiger Experten umfassen. Dass gleichzeitig Informations- und Kontrollrechte von Landesregierung, Landtag und interessierter Öffentlichkeit gesichert sein müssen, sollte wiederum selbstverständlich sein.

Hans-Joachim Bodenhöfer

## Armutsbericht Kärnten 2012

Das Institut für Höhere Studien Kärnten erstellte Anfang des Jahres den Armutsbericht Kärnten 2012 mit dem Ziel, Auskunft über die soziale Lage der Menschen in Kärnten zu geben. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf die Situation der Frauen in Kärnten gelegt. Datengrundlage bildete die Erhebung bzw. Datenauswertung der Statistik Austria (EU-SILC – Statistics on Income and Living Conditions) – eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa sowie weitere Daten der amtlichen Statistik.

Da es aufgrund der Charakteristik der EU-SILC Erhebung (repräsentative Stichprobenerhebung mit anschließender Hochrechnung der Ergebnisse) oftmals nicht möglich ist signifikante Werte für kleine Bundesländer wie z.B. Kärnten auszuweisen, erstellte das Institut für Höhere Studien Kärnten einzelne Auswertungen für die Region Südösterreich (Steiermark und Kärnten).<sup>4</sup>

Österreichweit sind nach Statistik Austria 12,1 % der Bevölkerung armutsgefährdet, in Kärnten sind rund 17 % der Bevölkerung von Armutsgefährdung betroffen. Eine geringe Erwerbsbeteiligung, ein hoher Grad an Teilzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, ein niedriges Bildungsniveau bzw. die damit verbundene Position am Arbeitsmarkt sind wesentliche Faktoren die das Armutsrisiko ansteigen lassen.

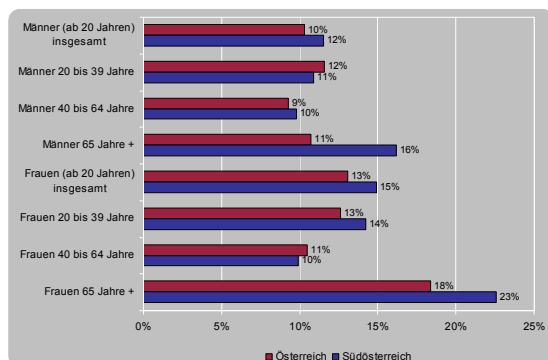
Abbildung 1 zeigt die Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht und Alter. Generell gilt, dass Frauen in Österreich und Südösterreich ver-

<sup>4</sup> Datenbasis: Statistik Austria, EU-SILC 2009.

stärkt armutsgefährdet sind, insbesondere ab 65 Jahren; Frauen verdienen nicht nur im aktiven Erwerbsleben deutlich weniger als Männer sondern beziehen auch in der Pension ein deutlich geringeres Einkommen als Männer.

Frauen sind zusätzlich zu einem geringeren Einkommen auch durch andere Faktoren verstärkt von Armutsgefährdung betroffen. Während eine ganzjährige Vollzeitbeschäftigung das Armutsrisiko mit 4 % deutlich unter dem Durchschnitt (Ö: 12 %) hält, lässt eine Teilzeitbeschäftigung das Armutsrisiko bereits deutlich ansteigen (Ö: 7 %).<sup>5</sup> Jedoch nimmt insbesondere für Frauen die Bedeutung von Teilzeitarbeit und atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu (knapp zwei Drittel aller geringfügig Beschäftigten sind Frauen).

**Abbildung 1: Armutsgefährdungsquote EU-SILC 2009 nach Geschlecht und Alter, Österreich und Südösterreich<sup>6</sup>**



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2009; eigene Berechnungen IHS Kärnten. Zu beachten gilt die statistische Schwankungsbreite für Südösterreich.

Hinzu kommt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch – überwiegend – ein Problem für Frauen darstellt. Noch immer bedeutet die Mutterschaft für den Großteil der Frauen eine längere Unterbrechung ihrer Erwerbsarbeit gefolgt von einer anschließenden Reduktion des Stundenausmaßes bei einer Rückkehr an den Arbeitsplatz: damit nehmen Frauen bewusst – zum Wohle der Familie – eine Schlechterstellung am Arbeitsmarkt (niedrigeres Einkommen, geringere Aufstiegschancen) in Kauf.

Beate Friedl

## Forschungsprojekt

# hydroval



## abgeschlossen

Von März 2010 bis Ende Mai 2012 wurde am IHS Kärnten an einem Forschungsprojekt namens HYDROVAL gearbeitet, welches sich mit der Bewertung von Wasserkraftausbaustrategien in Österreich beschäftigt. Das Projekt wurde gemeinsam mit einem niederländischen Forschungsinstitut, dem Institute for Environmental Studies (IVM) der Freien Universität Amsterdam, bearbeitet und vom Klima- und Energiefonds im Rahmen des Programms „Neue Energien 2020“ (3. Ausschreibung) gefördert.

Die Wasserkraft spielt auf Grund günstiger topografischer Bedingungen eine besonders wichtige Rolle in der österreichischen Stromerzeugung. Insgesamt 58,5 % (41.572 GWh) des heimisch erzeugten Stroms stammen aus der Wasserkraftnutzung.<sup>7</sup> Trotz dieses bereits hohen Anteils besteht in Österreich noch weiteres Ausbaupotenzial, insbesondere im Bereich der Kleinwasserkraft. Eine Wasserkraftpotenzialstudie aus dem Jahr 2008 schätzt das ausbaufähige Potenzial auf 13.000 GWh.<sup>8</sup> Im Masterplan zum Ausbau des Wasserkraftpotenzials wird eine verstärkte Wasserkraftnutzung im Ausmaß von 7.000 GWh bis 2020 angestrebt.<sup>9</sup> Auch in der Energiestrategie Österreich spielt die Wasserkraft eine wichtige Rolle; das realisierbare Ausbaupotenzial wird darin auf 3.500 GWh geschätzt.<sup>10</sup> Die Ausbauziele für erneuerbare Energien wurden auch im Ökostromgesetz 2012 gesetzlich verankert. Für den Bereich der Wasserkraft sieht das Gesetz bis zum Jahr 2020 einen Ausbau um 4.000 GWh vor. Derzeit befinden sich von Seiten der österreichischen Elektrizitätswirtschaft 16 Wasserkraftwerke mit einer zusätzlichen Jahreserzeugung von 290 GWh in Bau. Darüber hinaus sind 37 Wasserkraftwerke mit einer Erzeugungskapazität von rund 2.660 GWh in konkreter Planung. Auch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz bestehender Anlagen, sowie die Errichtung mehrerer Kleinstkraftwerke sind in Zukunft vorgesehen.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Vgl. Energie-Control Austria (2011): Betriebsstatistik 2010. Verfügbar unter <http://www.e-control.at/de/stattik/strom/betriebsstatistik/betriebsstatistik2010>.

<sup>8</sup> Vgl. Pöry Energy GmbH (2008): Wasserkraftpotenzialstudie Österreich. Im Auftrag des VEÖ. Wien.

<sup>9</sup> Vgl. VEÖ – Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (2008): Zukunft Wasserkraft. Masterplan zum Ausbau des Wasserkraftpotenzials. Wien.

<sup>10</sup> Vgl. Lebensministerium – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010): Energiestrategie Österreich. Wien.

<sup>11</sup> Vgl. Oesterreichs Energie (2012): Zeit zum Handeln – Der Aktionsplan von Oesterreichs Energie. Wien.

<sup>5</sup> Vgl. BMASK (2011): Armutsgefährdung und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. In: Sozialpolitische Studienreihe Band 8 – Tabellenband. Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK. Wien. Statistik Austria, EU-SILC 2010.

<sup>6</sup> Die ausgewiesenen Armutsgefährdungsquoten sind in Südösterreich für Männer und Frauen höher als jene für Gesamtösterreich. Aufgrund der großen Schwankungsbreite ist der Unterschied zwischen Österreich und Südösterreich nicht signifikant.

Die Wasserkraftnutzung ist jedoch mit einem Interessenskonflikt verbunden. Auf der einen Seite bestehen die Ziele der Klima- und Energiepolitik wie etwa die Reduktion von Treibhausgasemissionen (Stichwort Kyoto Protokoll) sowie die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am energetischen Endverbrauch und im Stromsektor (Energie- und Klimapaket der EU). Ein Ausbau der Wasserkraftnutzung kann zur Erreichung dieser klima- und energiepolitischen Ziele einen wichtigen Beitrag leisten. Weitere positive Effekte eines Wasserkraftausbaus sind die Sicherung der inländischen Energieversorgung sowie Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte (für die lokale Wirtschaft). Auf der anderen Seite stellt der Bau von Wasserkraftwerken einen Eingriff in die Gewässerökologie und die natürliche Umwelt dar. Der Ausbau der Wasserkraft hat somit nicht nur (energie-)wirtschaftliche Vorteile, sondern steht auch in einem unmittelbaren Konflikt mit ökologischen Schutzziele wie der EU-Wasserrahmenrichtlinie, welche grundsätzlich eine Verschlechterung des Zustands der Oberflächengewässer verbietet („Trade-off“).

Primäres Ziel des Forschungsprojektes war es, den Ausbau der Wasserkraftnutzung, unter Berücksichtigung der vielschichtigen positiven und negativen Effekte, ökonomisch zu bewerten. Mit Hilfe direkter Bewertungsverfahren (Choice Experiment) bzw. Befragungen konnte ein detaillierter Einblick in die Präferenzen der Bevölkerung für einen Ausbau der Wasserkraft gewonnen werden. In einem mehrstufigen Prozedere („Test-Retest“) wurden drei Fragebögen zur Erhebung der Präferenzen für einen Ausbau der Wasserkraft, für einen Ausbau erneuerbarer Energiequellen sowie für zwei spezifische Wasserkraftprojekte in der Steiermark entwickelt. Insgesamt wurden im Sommer 2011 österreichweit rund 2.200 Haushalte online über ein externes Marktforschungsinstitut befragt.

Aus den erhobenen Daten konnten zunächst wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zur Thematik des Wasserkraftausbaus bzw. des Ausbaus erneuerbarer Energiequellen gewonnen werden. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen für die zukünftige Stromerzeugung wird durchwegs als sehr wichtig erachtet, wobei hier Präferenzen für bestimmte (erneuerbare) Technologien beobachtet werden konnten. So ist die Sonnenenergie (Photovoltaik) die am meisten präferierte erneuerbare Energiequelle, gefolgt von Wasserkraft und Windkraft. Biomasse rangiert in der Präferenzreihung hingegen an letzter Stelle. Auch die generelle Einstellung zur Wasserkraftnutzung bzw. zum Bau weiterer Wasserkraftwerke in Österreich ist sehr positiv, jedoch konnten

deutliche Defizite im Informationsstand der Bevölkerung zum Thema Wasserkraft identifiziert werden.

Wesentliche Erkenntnisse des Forschungsprojektes konnten aus den ökonometrischen Auswertungen gewonnen werden. Der viel diskutierte „Trade-off“ zwischen den Vorteilen eines Ausbaus der Wasserkraft (z.B. CO<sub>2</sub>-Reduktion, Beschäftigungseffekte) und den negativen Begleiterscheinungen (Eingriff in das Ökosystem) konnte mit Hilfe eines komplexen Modells identifiziert und quantifiziert werden. Ein starker Eingriff in die Natur und das Landschaftsbild ist mit einem deutlichen Wohlfahrtsverlust verbunden. Dies zeigte sich in allen Auswertungen, insbesondere bei Betrachtung eines spezifischen Wasserkraftprojektes. Darüber hinaus wird der Eingriff in das Ökosystem von Personen, die nahe an einem Fließgewässer wohnen, negativer bewertet. Zudem erhöhen Erfahrungen mit der Technologie „Wasserkraft“ (d.h. viele Kraftwerke existieren in der Umgebung des/der Befragten) die Zustimmung zum Ausbau. Ein weiteres wichtiges Ergebnis zeigt sich in der Bestätigung der so genannten „Not in my backyard“ Theorie. D.h. ein Ausbau der Wasserkraft wird zur Erreichung wichtiger klima- und energiepolitischer Ziele zwar befürwortet, jedoch sollten neue Wasserkraftwerke möglichst weit entfernt vom Wohnsitz errichtet werden.

Abschließend konnte mit Hilfe einer direkten Zahlungsbereitschaftsanalyse gezeigt werden, dass die österreichische Bevölkerung grundsätzlich eine positive Zahlungsbereitschaft für die Förderung von Strom aus Wasserkraft aufweist. Diese liegt im Median bei rund € 10 pro Haushalt und Monat. In Bezug zu den durchschnittlichen aktuellen Stromkosten entspricht dies einer Zahlungsbereitschaft von rund 18 %, was in etwa den bestehenden Aufschlägen für die Ökostromförderung in Österreich entspricht.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes HYDROVAL stellen eine wichtige Basis für die österreichische Klima- und Energiepolitik dar, insbesondere da monetäre Werte für Nicht-Gebrauchswerte wie den Eingriff in das Ökosystem oder die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten berechnet wurden. Bestehende wissenschaftliche Analysen beschäftigen sich nur vereinzelt mit der monetären Bewertung erneuerbarer Energien wie der Wasserkraft, weshalb die Studie auch einen wichtigen Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs in Österreich bzw. international leistet.

Detaillierte Ergebnisse des Forschungsprojektes können der Homepage [www.hydroval.org](http://www.hydroval.org) entnommen werden.

Andrea Klinglmair

## Serie Demographischer Wandel (III): Herausforderung für das Sozialsystem in Österreich

Der demographische Wandel in Österreich wirkt in vielfältiger Weise auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein. Zu nennen sind diesbezüglich vor allem die wesentlichen Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung wie Arbeitskräfteangebot, Produktivität, Sparquote oder Konsumstruktur; die wirkenden Marktmechanismen erschweren jedoch eine Feststellung der direkten Auswirkungen auf die angesprochenen Bereiche samt den wirtschaftlichen Konsequenzen. Bedeutend klarer darstellbar scheint hingegen die Wechselwirkung zwischen der Altersstruktur der Bevölkerung und dem Sozialsystem.

Die breit angelegten sozialen Sicherungssysteme in Österreich werden nach dem Umlageprinzip finanziert, d.h. die Einnahmen von Beitragszahler/innen werden umgehend für Aufwendungen im jeweiligen Bereich verwendet.<sup>12</sup> Dies führt zu einer Umverteilung finanzieller Ressourcen von Personen im jungen und mittleren Alter zu älteren Menschen – mit der Konsequenz eines steigenden Finanzierungsdrucks aufgrund der fortschreitenden Alterung. Hiervon betroffen sind einerseits die staatliche Pensionsversicherung, aber auch die gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeleistungen. Am offensichtlichsten sind die Folgen der Alterung in Hinblick auf das Pensionssystem: die Erhöhung des Altersquotienten bewirkt, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Pensionist/innen zu finanzieren haben (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1: Breite Altersklassen sowie Altersquotient 2011 und 2030, Österreich**

	2011	2030	Δ 2011-2030
0 bis 19 Jahre	20,4%	19,1%	-1,3
20 bis 64 Jahre	61,9%	56,9%	-5,0
65 Jahre und älter	17,7%	24,0%	6,3
Altersquotient	28,5	42,2	13,7

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes 2012 sowie Bevölkerungsprognose 2011, eigene Berechnungen IHS Kärnten.

Im Jahr 2011 fielen im Durchschnitt 28,5 Personen mit 65 Jahren und älter auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Für 2030 ist bereits ein Altersquotient von 42,2 prognostiziert; d.h. auf eine/n Pensionisten/in kommen nur noch gut zwei Personen im erwerbsfähigen

<sup>12</sup> Alternativ wäre eine Finanzierung über das Kapitaldeckungsverfahren möglich. Dieses beruht darauf, dass jede Generation einen Kapitalstock anlegt, welcher für die Finanzierung der eigenen Ausgabenpositionen verwendet wird.

Alter.<sup>13</sup> In 2030 wird damit knapp ein Viertel der Bevölkerung über 64 Jahre alt sein – um 6,3 Prozentpunkte mehr als in 2011. Parallel kommt es zu einem Rückgang des Anteils der potentiellen Erwerbsbevölkerung (20-64 Jahre) bzw. der Leistungsträger/innen des Pensionssystems von 5,0 Prozentpunkten bis 2030.

Auch das Gesundheitssystem wird mit hoher Wahrscheinlichkeit steigende Ausgaben in den kommenden Jahrzehnten verzeichnen. Abgesehen davon, dass die Ausgaben für Gesundheitsleistungen mit zunehmendem Alter stark ansteigen<sup>14</sup>, dürfte in diesem Bereich auch der technologische Fortschritt zu einem Anstieg der Kosten führen. Gleiches gilt in Hinblick auf die soziale Pflegeversicherung.<sup>15</sup> Für diese stellt abgesehen von der Alterung auch die immer stärker zunehmende Individualisierung der Gesellschaft eine Herausforderung dar. In Hinblick auf die staatlichen Sicherungssysteme könnte lediglich die Arbeitslosenversicherung eine konstante oder eventuell sogar sinkende Ausgabenentwicklung aufgrund der Alterung verzeichnen.

Der durch die Alterung der Bevölkerung induzierte Anstieg der Kosten in den Bereichen Pensions-, Gesundheits- und Pflegewesen wird in den kommenden Jahren die öffentlichen Haushalte stark belasten. Auch potentielle Einsparungen aufgrund des demographischen Wandels in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung sowie Bildungsausgaben können diesen Effekt kaum mindern. Laut aktuellen Prognosen der Europäischen Kommission werden die altersabhängigen öffentlichen Ausgaben am BIP bei Fortschreibung der bestehenden Rahmenbedingungen in Österreich bis 2035 um 2,3 Prozentpunkte ansteigen, wobei im Basisjahr 2007 26,0 % des BIP für Pensions-, Gesundheits-, Sozial-, Arbeitslosenbei-

<sup>13</sup> Diesbezüglich ist zu berücksichtigen, dass die Erwerbsbeteiligung in Österreich bei lediglich 73,0 % (2010) liegt. D.h. auch heute „erhält“ defacto jede/r Arbeiter/in bereits mehr als eine Person, welche nicht arbeitet (vgl. dazu Mayerhofer, P./Aigner, B./Döring, T. (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Wien).

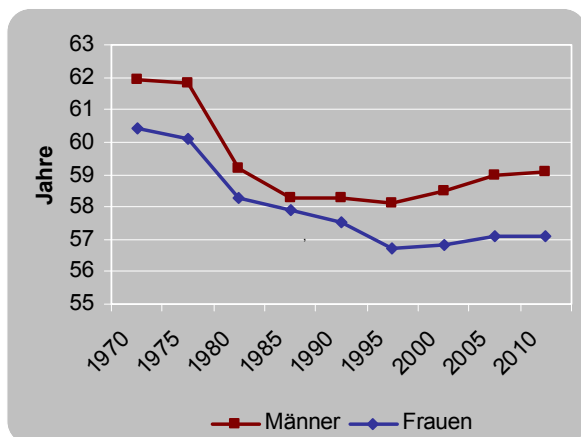
<sup>14</sup> Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein höherer Anteil älterer Personen nicht zwangsläufig zu einer proportionalen Zunahme an kranken und pflegebedürftigen Menschen führt. Durch die steigende Lebenserwartung kann es auch zu einer Verschiebung der Phase mit verstärkten gesundheitlichen Beeinträchtigungen in ein höheres Lebensalter kommen. Siehe für einen Überblick zu den unterschiedlichen Annahmen zur Morbiditätsentwicklung beispielsweise Schimany, P. (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt/New York oder Uhlenberg, P. (2005): Demography of Ageing. In: Poston, D.L./Micklin, M. (Eds.): Handbook of Population. New York, S. 143-167.

<sup>15</sup> So ist laut Prognoserechnungen selbst im unteren Szenario mit einem Anstieg der Pflegekosten von 66 % bis zum Jahr 2030 zu rechnen (vgl. Mühlberger, U. et al. (2010): Langzeitpflege in Österreich. In: Bauer, H./Pitlik, H./ Schratzenstaller, M. (Hrsg.): Demografischer Strukturwandel als Herausforderung für die öffentlichen Finanzen.)

trags- und Bildungsausgaben getätigt wurden.<sup>16</sup> Der größte Ausgabenanteil entfällt mit 12,8 % auf die Pensionsversicherung, wobei dieser laut den Prognosen auch künftig am stärksten ansteigen wird und unter den gegebenen Bedingungen kaum mehr finanzierbar scheint.

Als eine zentrale Maßnahme zur Entgegnung der demographisch bedingten Herausforderungen im Sozialsystem kann die Erhöhung der durchschnittlichen Verweildauer auf dem Arbeitsmarkt angesehen werden. Diesbezüglich scheint auch ausreichend Potential gegeben: So liegt die durchschnittliche Erwerbstätigenquote von 55-64-Jährigen in Österreich sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern deutlich unter dem europäischen Durchschnitt.<sup>17</sup> Auch das durchschnittliche Eintrittsalter bei Eigenpensionen, d.h. Alters- und Invaliditätspensionen, lag im Jahr 2010 bei lediglich 59,1 Jahren bei Männern und 57,1 Jahren bei Frauen und damit bedeutend unter dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter von regulär 65 bzw. 60 Jahren. In diesem Zusammenhang erstaunt vor allem, dass das gegenwärtige Pensionsantrittsalter deutlich unter früheren Werten aus den 1970er Jahren liegt (vgl. Abbildung 2); der steigenden Lebenserwartung von 1970 bis 2010 (rund 6,5 Jahre) steht ein sinkendes Pensionsantrittsalter von rund 3 Jahren gegenüber.

**Abbildung 2: Durchschnittliches Zugangsalter bei Eigenpensionen Österreich**



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2011, eigene Darstellung IHS K.

<sup>16</sup> Österreich liegt damit über dem Durchschnitt von 24,3 % in der Euro-Region, für welche bis 2035 gesamt ein Anstieg von 3,2 Prozentpunkten prognostiziert wurde (vgl. European Commission (2009): Ageing Report 2009. Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States. Brussels).

<sup>17</sup> So betrug die Erwerbstätigenquote von 55-64-Jährigen im Jahr 2010 bei Frauen in Österreich 33,7 % bei einem EU-27-Durchschnitt von 38,6 %. Die Quote der Männer lag bei 51,6 % im Vergleich zu durchschnittlichen 54,6 % in den EU-27-Ländern (vgl. Eurostat-Datenbank, 2012, eigene Berechnungen).

Abgesehen vom Handlungsbedarf betreffend einer Annäherung des tatsächlichen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter bzw. einer Erhöhung der Erwerbstätigenquoten (insbesondere älterer Arbeitnehmer/innen als auch Frauen im Generellen) sind eine Anhebung der Sozialbeiträge der Erwerbsbevölkerung und/oder eine Reduktion der Pensionsbeiträge potentielle Ausgleichsmöglichkeiten. Beide Maßnahmen sind jedoch politisch schwer durchsetzbar und lassen negative Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erwarten.

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung bzw. bessere Nutzung des bestehenden Erwerbspotentials erfordert hingegen ein gesellschaftliches Umdenken und weitreichende Maßnahmen im bildungs- als auch arbeitsmarktpolitischen Bereich (z.B. Qualifizierung Älterer und bildungsferner Gruppen, flexible Erwerbsmodelle); wobei in dieser Hinsicht auch Unternehmen gefordert sind (z.B. betriebliche Gesundheitsförderung, Bindung Älterer).

Birgit Aigner-Walder

### Fortsetzung Konjunktur:

Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 0,8 % zunehmen, nach 3,0 % im Vorjahr. Getragen wird das Wachstum von der expansiven Geldpolitik, der rückläufigen Inflation, dem robusten Arbeitsmarkt sowie dem verbesserten außenwirtschaftlichen Umfeld vor allem in Deutschland und außerhalb der EU.

In Kärnten sank der Produktionsindex für den gesamten produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten beiden Monate 2012 um 5,4 %, während er in ganz Österreich um 1,0 % stieg. Die Sachgüterproduktion sank in Kärnten im Jänner um 4,7 %, verglichen mit einem Anstieg um 0,3 % in ganz Österreich. In der Bauwirtschaft nahm die Produktion im Jänner im Vorjahresvergleich um 2,8 % zu, verglichen mit einem Anstieg um 7,2 % in ganz Österreich. Gemäß der aktuellen Prognose des IHS Kärnten wird die Wirtschaftsleistung in Kärnten heuer etwa so stark wie in Gesamt-Österreich zulegen:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>

Klaus Weyerstraß

### Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** info@carinthia.ihs.ac.at  
**Website:** www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 06.06.2012